



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Vereinheitlichung der sonderpädagogischen Massnahmen

Der Regierungsrat hat die Richtlinien des Erziehungsrates für den sonderpädagogischen Bereich genehmigt. Damit garantiert der Kanton, dass er die bisherigen Angebote im Sonderschulbereich gemäss den Normen der Invalidenversicherung auch unter der NFA vollumfänglich aufrecht erhält. Es gibt vier sich ergänzende unterstützende Förderangebote. Im Vordergrund stehen die bereits in vielen Gemeinden eingeführte integrative Schulform sowie die Sonderschulung.

Gemäss der am 1. Januar 2008 in Kraft tretenden NFA liegt neu die gesamte fachliche, rechtliche und finanzielle Verantwortung für den Bereich Schulung von Kindern mit einer Behinderung abschliessend bei den Kantonen. Die Invalidenversicherung zieht sich aus der Mitfinanzierung und Mitregelung im gesamten Sonderschulbereich zurück. Im Bereich der Regelschule ist im Kanton Schaffhausen zurzeit ein sehr heterogenes sonderpädagogisches Angebot je nach Gemeinde anzutreffen. Die Unterstützung erfolgt in sehr verschiedenen integrativen oder separativen Formen.

Gemäss den neuen Richtlinien wird grundsätzlich jede Regelschule über ein sonderpädagogisches Grundangebot verfügen. Dazu gehören sowohl sonderpädagogische Angebote im engeren Sinn als auch Massnahmen für Kinder mit einer besonderen Begabung oder einem Migrationshintergrund. Es gibt vier sich ergänzende unterstützende Förderangebote: Schulische Heilpädagogik (Integrative Schulform), Förderung bei Deutsch als Zweitsprache, Beratung und Unterstützung bei schwierigen Schulsituationen sowie Logopädie und Psychomotoriktherapie.

Vor allem für Kinder mit Schwierigkeiten in der Wahrnehmung und in der Bewegung ist diese neue Psychomotoriktherapie eine sehr gute Unterstützung. Für eine flächendeckende Poollösung sind dafür vier Stellen erforderlich. Dies ist mit jährlichen Kosten von 440'000 Franken verbunden. Mittel- bis langfristig ist allerdings mit einer Kompensation zu rechnen, da entsprechend weniger Zuweisungen zu anderen sonderpädagogischen Massnahmen erfolgen werden. Die Psychomotoriktherapie für die Regelschule wird auf den 1. August 2008 eingeführt. Die anteilmässigen Kosten für 2008 werden im Budget 2008 eingestellt. Grosse Veränderungen ergeben sich bei der Abklärung und Beratung im Schulbereich. Die kantonalen Unterstützungsdienste sind interdisziplinär auszurichten. Angestrebt werden für die Zukunft zudem sonderpädagogische Kompetenzzentren.

Geschäftsbericht 2006 der Kantonalen Pensionskasse

Der Regierungsrat hat den Geschäftsbericht 2006 der Kantonalen Pensionskasse Schaffhausen genehmigt und ihn zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Der Deckungsgrad der Kantonalen Pensionskasse hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,63 Prozent auf 100,21 Prozent erhöht. Die Kantonale Pensionskasse weist damit zum ersten Mal in ihrer Geschichte ei-

nen Deckungsgrad von mehr als 100 Prozent auf. Die Betriebsrechnung der Kasse schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 22,3 Mio. Franken ab. Beim Vermögen resultierte ein Ertrag von 68 Mio. Franken. Die Überdeckung ermöglichte einerseits die Aufhebung der von den Arbeitnehmenden und den Arbeitgebern erhobenen Sonderbeiträge und andererseits die Einführung von Indexfondsbeiträgen der Arbeitgeber zu Gunsten der Rentnerinnen und Rentner auf den 1. April 2007.

Ersatzwahl in den Kantonsrat

Der Regierungsrat hat Roger Windler, Schaffhausen, als Mitglied des Kantonsrates für den Rest der Amtsdauer 2005-2008 ab 7. Juli 2007 als gewählt erklärt. Er ersetzt die zurückgetretene Kantonsrätin Susanne Mey.

Ja, aber zur "Zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur"

Der Regierungsrat äussert sich im Grundsatz positiv zur Stossrichtung der Vorlage "Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur" (ZEB). Verschiedene Forderungen in zeitlicher und finanzielle Hinsicht wurden aber nicht eingehalten, wie die Regierung - in Übereinstimmung mit der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs - in ihrer Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation festhält.

ZEB ist die Weiterentwicklung der Bahn 2000 und soll das Bahnangebot in allen Landesteilen bis ins Jahr 2030 weiter verbessern. Dafür sind Investitionen in der Höhe von rund fünf Milliarden Franken nötig. Die Reisezeit zwischen der Ost- und der Westschweiz wird damit weiter verkürzt und auch der Schienengüterverkehr soll profitieren können. Nebst der Verkürzung der Reisezeit entstehen neue Anschlussknoten beim Bahnverkehr u.a. in Schaffhausen. Gemäss dem Kernangebot von ZEB ist zusammen mit den bereits beschlossenen Ausbauten zugunsten des HGV-Anschlusses der Ostschweiz in Schaffhausen ein Anschlussknoten zu den Minuten 15 und 45 vorgesehen, der auf dem Halbstundentakt zwischen Zürich und Schaffhausen aufbaut. Zu diesem Zweck sind mit ZEB zwischen Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfluss Massnahmen zur Leistungssteigerung in der Höhe von 10 Mio. Franken vorgesehen. Sie ermöglichen kurze Umsteigezeiten und bessere Anschlüsse.

Mit dieser Vorlage kommt der Bundesrat einem Auftrag des Parlamentes nach. Hintergrund ist die FinöV-Vorlage mit den Grossprojekten NEAT, Bahn 2000, Hochgeschwindigkeits-Anschluss sowie Lärmsanierung.

Der Regierungsrat betont erneut, dass die Ausbauplanungen auf der Linie Zürich-Schaffhausen(-Stuttgart) rasch umzusetzen sind. Höchste Priorität haben für den Kanton Schaffhausen der Halbstundentakt im Fernverkehr Zürich-Schaffhausen und der Anschlussknoten zu den Minuten 15 und 45 in Schaffhausen. Die in der Vorlage genannten Umsetzungshorizonte sind viel zu weit hinaus geschoben. Die in der FinöV-Vorlage vorgesehenen Mittel für die Bahn 2000 und ZEB müssen für diese Projekte, und nicht für die NEAT eingesetzt werden. Die Mehrkosten der NEAT sind über eine Zusatzfinanzierung zu tragen.

Leistungsvereinbarung mit Christian Morgenstern Schule

Der Regierungsrat hat die zwischen dem Erziehungsdepartement und der Christian Morgenstern Schule abgeschlossene Leistungsvereinbarung genehmigt. Das seit dem 1. Januar 2005 geltende neue Sonderschulrecht verlangt eine Leistungsvereinbarung mit der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt des Kantons Schaffhausen "Schaffhauser Sonderschulen". Die neue Leistungsvereinbarung gilt bis Ende Juli 2008. Für die Zeit danach wird eine Leistungsvereinbarung nur noch dann abgeschlossen, wenn die Schule einen Mindeststand von 8 Lernenden aus dem Kanton Schaffhausen aufweist.

Mit dem neuen Sonderschulrecht können zur Erfüllung von Bedürfnissen, welche die öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons "Schaffhauser Sonderschulen" nicht abdeckt, mit bewilligten privaten Sonderschulen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Die Christian Morgenstern Schule erbringt für den Kanton sonderpädagogische, pädagogisch-therapeutische und sozialpädagogische Leistungen. In die Christian Morgenstern Schule werden geistigbehinderte, schulbildungsfähige Sonderschüler aufgenommen.

Amtliche Vermessung in Ramsen

Der Regierungsrat hat die digitalisierte Vermessung von Los 9 der Gemeinde Ramsen genehmigt. Damit wurde ein weiterer Schritt Richtung Digitalisierung des Vermessungswerkes realisiert. Die Amtliche Vermessung dient zusammen mit dem Grundbuch der Sicherheit des Grundeigentums. Sie liefert im Weiteren die unentbehrlichen Basisinformationen für wirtschaftliche und politische Entscheide mit einem geographischen Bezug. Die Erneuerung der Amtlichen Vermessung bezweckt die Überführung der herkömmlichen graphischen Form (Pläne, Verzeichnisse, technische Dokumente) in eine datenbankgestützte, elektronische Form.

Amts jubiläen

Der Regierungsrat hat folgenden Mitarbeitenden, die am 1. bzw. 19. August 2007 das 25-jährige Amtsjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen:

Marianne Chronis, Sonderklassenlehrerin an der Primarstufe;

Peter Thierstein, Primarlehrer;

Barbara Winkler, Schulische Heilpädagogin an der Primarstufe;

Werner Schmid, Primarlehrer.

Schaffhausen, 3. Juli 2007
bis und mit Nr. 25/2007
24/2007

Staatskanzlei Schaffhausen